

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	23
A. Einführung und Problemstellung	23
B. Gang der Untersuchung	25
1. Kapitel: Mehrfachmandate als Ursache von Interessenkonflikten	29
A. Allgemeines zur Funktion des Aufsichtsrats	29
B. Praxisrelevanz von Mehrfachmandaten	48
C. Gründe für Mehrfachmandate	67
D. Vor- und Nachteile von Mehrfachmandaten	72
E. Zusammenfassung	89
2. Kapitel: Aktienrechtliche Behandlung von Interessenkonflikten auf Grund von Mehrfachmandaten	91
A. Grundsatz der Rollentrennung	91
B. Keine Differenzierung nach Unterlassungs- und Handlungspflichten	92
C. Aktienrechtliche Zulässigkeit von Mehrfachmandaten in Konkurrenzunternehmen	92
D. Aktienrechtliche Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten	103
E. Stimmenthaltung	105
F. Stimmverbote	107
G. Teilnahmeverbote	133
H. Auskunftsverweigerungsrecht des Vorstands	147
I. Abberufung durch die Hauptversammlung	153
J. Gerichtliche Abberufung aus wichtigem Grund gem. § 103 Abs. 3 AktG	155
K. Pflicht zur Amtsniederlegung	161
L. Sonderproblem: Die Behandlung von Mehrfachmandaten in Konzernsachverhalten	168
M. Zusammenfassung	180

3. Kapitel: Behandlung von Interessenkonflikten nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex	183
A. Hintergrund	183
B. Regelungstechnik	184
C. Wechselwirkung zwischen Kodexvorschriften und Aktienrecht	185
D. Auslegung von Kodexvorschriften	189
E. Anwendbare Kodexvorschriften	189
F. Zusammenfassung	217
4. Kapitel: Europarechtliche Einflüsse	221
A. Aktionsplan zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts	221
B. Empfehlung der EU-Kommission zur Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern	222
C. Zusammenfassung	224
5. Kapitel: Einzelne Lösungsvorschläge für die Praxis zur Vermeidung und Handhabung von Interessenkonflikten	227
A. Vorbeugende Satzungsregelungen	227
B. Regelungen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	232
C. Möglichkeit der Einrichtung eines „Sonderausschusses“	236
D. Zusammenfassung	251
Zusammenfassung	253
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	275

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	23
A. Einführung und Problemstellung	23
B. Gang der Untersuchung	25
1. Kapitel: Mehrfachmandate als Ursache von Interessenkonflikten	29
A. Allgemeines zur Funktion des Aufsichtsrats	29
I. Einzelne Überwachungsinstrumente des Aufsichtsrats	29
1. Vorstandsberichte gem. § 90 Abs. 1 AktG	29
a) Berichte zur beabsichtigten Geschäftspolitik, zu grundsätzlichen Fragen der Unternehmensplanung und zur Rentabilität der Gesellschaft	30
b) Berichte zum Umsatz und zur Lage der Gesellschaft	30
c) Anlassbezogene Berichte	31
d) Informationsordnung	31
2. Anforderungsberichte gem. § 90 Abs. 3 AktG	32
3. Meinungsäußerung als Mittel der Einflussnahme	33
4. Einsichts- und Prüfungsrecht gem. § 111 Abs. 2 AktG	34
5. Zustimmungsvorbehalte gem. § 111 Abs. 4 S. 2 AktG	35
6. Beratung des Vorstands	36
a) Beratung als Teil der Überwachungsaufgabe	36
b) Grenzen der Beratungspflicht	37
7. Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder	39
a) Personalplanung	39
b) Anforderungen an den wichtigen Grund zur Abberufung	40
c) Vorläufige Wirksamkeit der Abberufung	41
II. Prüfungsmaßstäbe für die Überwachungstätigkeit	42
1. Rechtmäßigkeit	42
2. Wirtschaftlichkeit	43
3. Zweckmäßigkeit	43
4. Beurteilungsmaßstab des Vorstands als Entscheidungsgrundlage	44
III. Gestiegene Anforderungen an die Berichtsintensität gegenüber der Hauptversammlung	45
1. Grundlagen der Berichtspflicht nach § 171 Abs. 2 AktG	45

2.	Intensivierung der Berichtspflichten bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft	45
3.	Teilweise strengere Anforderungen der erstinstanzgerichtlichen Rechtsprechung	46
4.	Erweiterte Prüfungsschwerpunkte nach der EU-Prüferrichtlinie	47
B.	Praxisrelevanz von Mehrfachmandaten	48
I.	Rechtstatsächliches zu personellen Verflechtungen	49
1.	Untersuchung von <i>Pfannschmidt</i> für das Jahr 1989	49
a)	Methodik	49
b)	Untersuchung der Mandatsverteilung	49
c)	Untersuchung der Mehrfachmandate in Konkurrenzunternehmen	50
d)	Zwischenergebnis	51
2.	Untersuchung von <i>Liedtke</i> für das Jahr 2000	51
a)	Methodik	51
b)	Einzelfälle von Mehrfachmandaten in Konkurrenzunternehmen	52
c)	Zwischenergebnis	54
3.	Hauptgutachten der Monopolkommission für die Jahre 2000/2001, 2002/2003 und 2004/2005	54
a)	Methodik	55
b)	Personelle Verflechtungen durch mehrfache Aufsichtsratsstätigkeit	56
c)	Personelle Verflechtungen zwischen Konkurrenzunternehmen	56
d)	Zwischenergebnis	59
4.	Aufsichtsratsstudien der <i>DSW</i> für die Jahre 2003 und 2006	59
a)	Methodik	59
b)	Mehrfachmandate	59
c)	Zwischenergebnis	60
II.	Rechtstatsächliches zur Akzeptanz der Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex mit Bezug zu Interessenkonflikten	60
1.	Entsprechenserklärungen gem. § 161 AktG	61
2.	Studien des <i>BCCG</i> zur Akzeptanz der Kodexvorschriften	61
a)	Methodik	62
b)	Sog. „neuralgische“ Kodexvorschriften	62
c)	Ziff. 5.4.1 S. 2 DCGK (Besetzung des Aufsichtsrats)	62
d)	Ziff. 5.4.2 DCGK (Unabhängige Beratung des Vorstands u.a. durch Verzicht auf Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Konkurrenzunternehmen)	63
e)	Ziff. 5.5.2 DCGK (Offenlegung von Interessenkonflikten gegenüber dem Aufsichtsrat)	65
f)	Ziff. 5.5.3 S. 1 DCGK (Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte)	65

g)	Ziff. 5.5.3 S. 2 DCGK (Beendigung des Mandats bei wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikten)	66
h)	Zwischenergebnis	67
C.	Gründe für Mehrfachmandate	67
I.	Aktienrechtliche Ausgestaltung des Aufsichtsratsmandates als Nebenamt	67
II.	Eignung und Erfahrung	69
III.	Strategische Besetzungspolitik	70
1.	Aufsichtsratsbesetzung als machtstrategisches Instrument	70
2.	Aufsichtsratsbesetzung als unternehmensstrategisches Instrument	71
3.	Institutionell motivierte Mandatsvergabe	71
D.	Vor- und Nachteile von Mehrfachmandaten	72
I.	Vorteile	72
1.	Erleichterte Personalpolitik	72
2.	Pflege von Beziehungen zwischen Unternehmen	73
3.	Bindung von Sachverstand derselben Branche	73
II.	Nachteile	74
1.	Prinzipal-Agent-Problem	74
2.	Mögliche Störung der vertrauensvollen Zusammenarbeit innerhalb des Aufsichtsrats	75
3.	Mögliche Erschwerung der Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat	76
4.	Personelle Verflechtungen als mögliche Ursache von Wettbewerbsbeschränkungen	76
5.	Mehrfachmandate als Ursache von Interessenkonflikten	77
a)	Die Verpflichtung des Aufsichtsratsmitglieds zur Wahrung des Unternehmensinteresses	77
b)	Die Begründung des organschaftlichen Rechtsverhältnisses durch die Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied	78
c)	Die inhaltliche Ausgestaltung der Treuepflicht als Interessenwahrungspflicht	79
d)	Befugnisse als sog. Pflichtrechte	80
e)	Bestimmung des Unternehmensinteresses	81
f)	Abgrenzung der Treuepflicht zum Grundsatz von Treu und Glauben gem. § 242 BGB	81
g)	Abgrenzung der Treuepflicht zur Sorgfaltspflicht gem. §§ 116 S. 1, 93 AktG	82
h)	Verschwiegenheitspflicht als Unterfall der Treuepflicht	83
III.	Arten von Interessenkonflikten auf Grund personeller Verflechtungen	83
1.	Interessenkonflikte durch kollidierende Eigeninteressen	83
2.	Interessenkonflikte durch kollidierende Fremdinteressen	84
a)	Mehrfachmandate in Konkurrenzunternehmen	84
b)	Bankenvertreter	85

c)	Vertreter eines Bieters als Aufsichtsratsmitglied bei der Zielgesellschaft	87
d)	Gewerkschaftsvertreter	87
E.	Zusammenfassung	89
2.	Kapitel: Aktienrechtliche Behandlung von Interessenkonflikten auf Grund von Mehrfachmandaten	91
A.	Grundsatz der Rollentrennung	91
B.	Keine Differenzierung nach Unterlassungs- und Handlungspflichten	92
C.	Aktienrechtliche Zulässigkeit von Mehrfachmandaten in Konkurrenzunternehmen	92
I.	Geschriebene gesetzliche Inkompatibilitätsvorschriften	93
1.	Keine Inkompatibilität gem. § 100 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AktG	93
2.	Keine Inkompatibilität gem. § 100 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AktG	93
3.	Keine Inkompatibilität gem. § 100 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 AktG	93
II.	Zur Diskussion um Mehrfachmandate in Konkurrenzunternehmen als Fall einer ungeschriebenen speziellen Inkompatibilität	94
1.	Rechtsprechung	94
2.	Ungeschriebene spezielle Inkompatibilität aus Analogie zu §§ 100, 105 AktG bzw. abgeleitet aus der Treuepflicht	95
3.	Die Reformdiskussion und die Regelung des KonTraG	97
a)	Literaturstimmen	97
b)	Gesetzgeberische Initiativen	97
c)	Die Regelung durch den Gesetzgeber	98
4.	De lege lata keine spezielle Inkompatibilität bei Interessenkonflikten auf Grund von Mehrfachmandaten	99
a)	Keine planwidrige Regelungslücke	99
b)	Keine analoge Anwendung von § 88 Abs. 1 AktG auf Aufsichtsräte	100
c)	Rechtsunsicherheit durch Rechtsfolge der Nichtigkeit	101
d)	Unbestimmtheit durch Probleme bei der Bestimmung der relevanten Konkurrenzbeziehung	101
e)	Gleichbehandlung der Aktionäre	102
5.	Zwischenergebnis	103
D.	Aktienrechtliche Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten	103
I.	Herleitung	103
II.	Adressat der Offenlegungserklärung	104
III.	Keine Offenlegung von Interessenkonflikten bereits vor der Wahl zum Aufsichtsratsmitglied	104
E.	Stimmhaltung	105
I.	Zulässigkeit der Stimmhaltung	105
II.	Keine Einschränkung bei wichtigen Abstimmungsgegenständen	106

III.	Grenzen des Rechts zur Stimmenthaltung	106
F.	Stimmverbote	107
I.	Herleitung	107
1.	§ 34 BGB analog: Rechtsgedanke des Insihgeschäfts	108
2.	Verbot des Richtens in eigener Sache	108
a)	§ 181 BGB analog	109
b)	Allgemeiner Grundsatz des Verbots des Richtens in eigener Sache	109
c)	Gesamtanalogie zu §§ 34 BGB, 47 Abs. 4 GmbHG, 43 Abs. 6 GenG, 136 Abs. 1 AktG	109
3.	Punktuelle Stimmverbote beim Vorliegen von Interessenkonflikten	111
a)	Herleitung	111
b)	Voraussetzungen eines punktuellen Stimmverbots	113
c)	Kein Ausschluss eines punktuellen Stimmverbots wegen Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Erheblichkeit eines Interessenkonflikts	113
d)	Problem der drohenden Beschlussunfähigkeit	115
e)	Kein Ausschluss eines punktuellen Stimmverbots wegen Verstoßes gegen das Prinzip der Gesamtverantwortung	116
II.	Entscheidungszuständigkeit hinsichtlich eines punktuellen Stimmverbots	117
III.	Rechtsfolge der Stimmabgabe trotz bestehenden Stimmverbots	118
1.	Überprüfbarkeit verfahrensleitender Maßnahmen	118
2.	Zur Unterscheidung zwischen nichtigen und anfechtbaren Aufsichtsratsbeschlüssen	118
3.	Nichtigkeit des Beschlusses bei schweren Verfahrensfehlern	120
4.	Kausalitätserfordernis	120
5.	Keine Notwendigkeit eines unverzüglichen Widerspruchs	121
IV.	Wirksamkeit von Beschlüssen bei zu Unrecht erfolgtem Stimmrechtsausschluss	122
1.	Nichtigkeit als Rechtsfolge	122
2.	Kausalitätserfordernis	122
a)	Ablehnende Ansicht	122
b)	Rechtssicherheit durch Kausalitätserfordernis	123
V.	Gerichtliche Geltendmachung der Fehlerhaftigkeit des Aufsichtsratsbeschlusses	124
1.	Feststellungsinteresse	124
2.	Richtige Beklagte und Klagewirkung	125
VI.	Stimmverbot und Zweitstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden gem. § 29 Abs. 2 S. 1 MitbestG	125
1.	Praxisrelevanz	125
2.	Voraussetzungen für die Ausübung des Zweitstimmrechts	126

3.	Anwendbarkeit von Stimmverboten im mitbestimmten Aufsichtsrat	127
a)	Insichgeschäfte und Einleitung/Erledigung eines Rechtsstreits	127
b)	Punktuelle Stimmverbote auf Grund von Interessenkonflikten	127
4.	Fehlende Übertragbarkeit des Zweitstimmrechts	128
5.	Konsequenzen eines Stimmverbots für die Abstimmungs- mehrheit im mitbestimmten Aufsichtsrat	129
a)	Stimmverbot für den Aufsichtsratsvorsitzenden	129
b)	Stimmverbot für ein einfaches Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigenseite	130
c)	Keine Lösung mittels freiwilligen Stimmverzichts eines weiteren Aufsichtsratsmitglieds	131
6.	Zwischenergebnis	131
VII.	Keine Möglichkeit eines institutionalisierten Stimmverbots	132
VIII.	Zwischenergebnis	133
G.	Teilnahmeverbote	133
I.	Teilnahmerecht trotz möglicherweise bestehender Stimmverbote	133
II.	Möglichkeit der Einschränkung des Teilnahmerechts bei Interessenkonflikten	134
1.	Ablehnende Ansichten	134
2.	Teilnahmeausschluss als milderes Mittel zur Abberufung	136
a)	Abberufung als <i>ultima ratio</i>	136
b)	Zum Argument der fehlenden Rechtsgrundlage	136
3.	Voraussetzungen eines Teilnahmeausschlusses	138
a)	Pflichtenbezogene Interessenkonflikte	138
b)	Personenbezogene Interessenkonflikte	140
c)	Gelegenheit zur Stellungnahme für das betroffene Aufsichtsratsmitglied	141
III.	Zuständigkeit	142
IV.	Reichweite des Teilnahmeausschlusses	143
V.	Rechtsbehelfe des ausgeschlossenen Aufsichtsratsmitglieds	143
1.	Anrufung des Plenums	144
2.	Feststellungsklage gem. § 256 ZPO bezüglich der Unwirk- samkeit des Teilnahmeausschlusses	144
a)	Feststellungsinteresse	144
b)	Die Gesellschaft als richtige Beklagte	145
3.	Feststellungsklage gem. § 256 ZPO bezüglich der Unwirk- samkeit der gefassten Beschlüsse	145
a)	Nichtigkeit der Beschlüsse als Rechtsfolge des rechts- widrigen Ausschlusses	145
b)	Kausalitätserfordernis	146
c)	Einzelheiten der gerichtlichen Geltendmachung	146

H.	Auskunftsverweigerungsrecht des Vorstands	147
I.	Herleitung	147
1.	Institutionelle Grenzen der Berichtspflicht	147
2.	Grenzen der Berichtspflicht aus Gründen in der Person des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds	148
a)	Auskunftsverweigerungsrecht bei Berichten gegenüber dem Aufsichtsratsplenum	148
b)	Auskunftsverweigerungsrecht beim missbräuchlichen Auskunftsverlangen einzelner Aufsichtsratsmitglieder gem. § 90 Abs. 3 S. 2 AktG	149
c)	Keine Selbstregulierung des Aufsichtsrats beim missbräuch- lichen Auskunftsverlangen einzelner Aufsichtsratsmitglieder	150
II.	Reaktionsmöglichkeiten des Aufsichtsrats bei missbräuchlicher Auskunftsverweigerung durch den Vorstand	152
I.	Abberufung durch die Hauptversammlung	153
I.	Voraussetzungen	153
II.	Beobachtungen aus der Praxis zum Abstimmungsverhalten	154
III.	Konsequenzen des Abstimmungsverhaltens für die Abberufungsmöglichkeit	155
J.	Gerichtliche Abberufung aus wichtigem Grund gem. § 103 Abs. 3 AktG	155
I.	Allgemeines	155
II.	Stimmverbot für das betroffene Aufsichtsratsmitglied	156
III.	Voraussetzungen für das Vorliegen eines wichtigen Grundes	157
1.	Unzumutbarkeit des Verbleibs der Person im Aufsichtsrat der Gesellschaft	157
2.	Beispielfälle aus der Rechtsprechung	158
3.	Tätigkeit für ein Konkurrenzunternehmen	159
IV.	Zeitpunkt für das Vorliegen des wichtigen Grundes	160
V.	Pflicht zur Einleitung eines gerichtlichen Abberufungsverfahrens	160
K.	Pflicht zur Amtsniederlegung	161
I.	Recht zur Amtsniederlegung	161
1.	Kein Erfordernis eines wichtigen Grundes	161
2.	Jederzeitige Amtsniederlegung möglich	162
3.	Möglichkeit der Regelung in der Satzung	163
II.	Pflicht zur Amtsniederlegung	164
1.	Herleitung	164
2.	Das Merkmal der Konkurrenzbeziehung in Kernbereichen	165
3.	Dauerhaftigkeit des Interessenkonflikts	165
4.	Wesentlichkeit des Interessenkonflikts	166
a)	Intensität der Konkurrenzbeziehung	166
b)	Umfang der Auswirkungen auf die Aufsichtsrats-tätigkeit	167
III.	Zwischenergebnis	168
L.	Sonderproblem: Die Behandlung von Mehrfachmandaten in Konzernsachverhalten	168

I.	Verbreitung von Mehrfachmandaten in Konzernsachverhalten	168
II.	Die Überwachungsaufgabe beim Bestehen eines Beherrschungsvertrages	169
	1. Grundlagen	169
	2. Die Überwachungsaufgabe	169
	a) Auf der Ebene der herrschenden Gesellschaft	169
	b) Auf der Ebene der abhängigen Gesellschaft	171
	c) Besonderheiten bei der Eingliederung gem. §§ 319 ff. AktG	171
III.	Die Überwachungsaufgabe beim Fehlen eines Beherrschungsvertrages (sog. faktischer Konzern)	173
	1. Grundlagen	173
	2. Die Überwachungsaufgabe	173
	a) Auf der Ebene der herrschenden Gesellschaft	173
	b) Auf der Ebene der abhängigen Gesellschaft	173
IV.	Verpflichtung auf das Unternehmensinteresse	174
V.	Keine über das Unternehmensinteresse hinausgehende Verpflichtung auf ein mögliches Konzerninteresse	175
VI.	Mögliche Interessenkonflikte	176
	1. Mitgliedschaft eines Vorstandsmitglieds der Obergesellschaft im Aufsichtsrat der abhängigen Gesellschaft	176
	2. Gleichzeitige Mitgliedschaft einer Person in den Aufsichtsräten von Obergesellschaft und abhängiger Gesellschaft	177
VII.	Keine konzernspezifische Behandlung auftretender Interessenkonflikte	177
VIII.	Besonderheiten im Anwendungsbereich von § 32 MitbestG	178
	1. Regelungsinhalt	178
	2. Mögliches Stimmverbot	179
M.	Zusammenfassung	180
3.	Kapitel: Behandlung von Interessenkonflikten nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex	183
A.	Hintergrund	183
B.	Regelungstechnik	184
	I. Prinzip des <i>comply or explain</i> , § 161 AktG	184
	II. Aufbau der Kodexvorschriften	184
C.	Wechselwirkung zwischen Kodexvorschriften und Aktienrecht	185
	I. Keine allgemeine Konkretisierung der Sorgfaltspflicht	186
	II. Mögliche Indizwirkung im Rahmen der Beweislastverteilung bei Verletzung der Sorgfaltspflicht	186
	1. Grundsätzliche Beweislastverteilung	186
	2. Mögliche Indizwirkung	187

III.	Konkretisierung der allgemeinen Sorgfaltspflicht durch Implementierung in Satzung oder Geschäftsordnung	187
IV.	Mögliche Außenhaftung	188
D.	Auslegung von Kodexvorschriften	189
E.	Anwendbare Kodexvorschriften	189
I.	Berücksichtigung potentieller Interessenkonflikte bei der Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder (Ziff. 5.4.1 S. 2 DCGK)	190
1.	Inhalt der Kodexvorschrift	190
a)	Überblick	190
b)	Adressat	190
c)	Zugrundeliegende Wertung	190
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	191
II.	Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder (Ziff. 5.4.2 S. 1, S. 2 DCGK)	192
1.	Inhalt der Kodexvorschrift	192
a)	Überblick	192
b)	Entstehungsgeschichte	192
c)	Adressat	193
d)	Beschlussfassung	193
e)	Übertragung auf einen Ausschuss	194
f)	Mitteilung gegenüber der Hauptversammlung	194
g)	Inhaltliche Feststellung der Unabhängigkeit	195
h)	Das Merkmal der ausreichenden Anzahl unabhängiger Mitglieder	196
i)	Rechtstatsächliches zu den als unabhängig angesehenen Aufsichtsratsmitgliedern	197
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	197
III.	Keine Organfunktion bei wesentlichen Wettbewerbern (Ziff. 5.4.2 S. 4 DCGK)	199
1.	Inhalt der Kodexvorschrift	199
a)	Überblick	199
b)	Keine Zwei-Stufen-Prüfung	200
c)	Wesentlichkeitskriterium	201
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	201
IV.	Pflicht des Aufsichtsratsmitglieds zur Offenlegung von Interessenkonflikten (Ziff. 5.5.2 DCGK)	202
1.	Inhalt der Kodexvorschrift	202
a)	Umfang der Offenlegungspflicht	202
b)	Erstreckung auf potentielle Interessenkonflikte	203
c)	Adressat der Offenlegungserklärung	203
d)	Schriftform	204
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	204
V.	Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte (Ziff. 5.5.3 S. 1 DCGK)	205

1.	Inhalt der Kodexvorschrift	205
a)	Umfang der Offenlegungspflicht	205
b)	Namensnennung im Regelfall nicht erforderlich	206
c)	Detailliertere Angaben beim Andauern eines Interessenkonflikts nötig	207
d)	Schriftformerfordernis	208
e)	Verhältnis zur Pflicht zur Einleitung eines gerichtlichen Abberufungsverfahrens gem. § 103 Abs. 3 AktG	208
f)	Rechtsfolge fehlerhafter Berichterstattung	209
g)	Kodexabweichung einzelner Aufsichtsratsmitglieder	210
h)	Zwischenergebnis	211
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	211
VI.	Beendigung des Mandats bei wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikten (Ziff. 5.5.3 S. 2 DCGK)	213
1.	Inhalt der Kodexvorschrift	213
a)	Überblick	213
b)	Wesentlichkeitskriterium	213
c)	Tätigkeit für Geschäftspartner	214
d)	Tätigkeit für ein Konkurrenzunternehmen	214
e)	Pflicht zur Einleitung eines gerichtlichen Abberufungsverfahrens	215
f)	Vorläufige Einschätzungskompetenz des betroffenen Aufsichtsratsmitglieds	215
2.	Vergleich mit der gesetzlichen Regelung	216
F.	Zusammenfassung	217
4. Kapitel:	Europarechtliche Einflüsse	221
A.	Aktionsplan zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts	221
B.	Empfehlung der EU-Kommission zur Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern	222
I.	Hintergrund	222
II.	Rechtswirkungen einer Empfehlung der EU-Kommission	222
III.	Unterschiede im Regelungsansatz der Empfehlung der EU-Kommission im Vergleich zum Deutschen Corporate Governance Kodex	223
C.	Zusammenfassung	224
5. Kapitel:	Einzelne Lösungsvorschläge für die Praxis zur Vermeidung und Handhabung von Interessenkonflikten	227
A.	Vorbeugende Satzungsregelungen	227
I.	Grundsatz der Satzungsstrenge, § 23 Abs. 5 AktG	227

II.	Voraussetzungen einer ergänzenden Satzungsregelung	228
III.	Einzelne Regelungsgegenstände	228
	1. Fehlen von Interessenkonflikten als Wählbarkeitsvoraussetzung bzw. persönlicher Ausschlussgrund	228
	a) Ausschluss der Wählbarkeit bei Tätigkeit für ein Konkurrenzunternehmen	229
	b) Inhaltliche Konkretisierungen	231
	2. Information der Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte	231
B.	Regelungen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	232
I.	Allgemeines zum Erlass von Geschäftsordnungen	232
II.	Einzelne Regelungsgegenstände	233
	1. Individuelle Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten gegenüber dem Aufsichtsrat	233
	a) Erforderlichkeit einer Regelung	233
	b) Regelung in der Geschäftsordnung als Ausfluss der Organisationshoheit des Aufsichtsrats	234
	2. Verfahrensregeln im Zusammenhang mit der Offenlegungserklärung	235
C.	Möglichkeit der Einrichtung eines „Sonderausschusses“	236
I.	<i>Volkswagen AG</i> als Praxisbeispiel	236
II.	Allgemeines zur Einrichtung von Aufsichtsratsausschüssen	237
III.	Beschränkung des Zugangs zu Informationen	238
	1. Periodische Berichte und Sonderberichte gem. § 90 Abs. 1, Abs. 3 AktG	238
	2. Vorlageberichte und sonstige Informationen	239
	a) Beratende Ausschüsse, § 107 Abs. 3 S. 1 AktG	240
	b) Beschließende Ausschüsse, § 107 Abs. 3 S. 2 AktG	240
	c) Reichweite des Ausschlusses einzelner Aufsichtsratsmitglieder	241
	3. Sachliche Rechtfertigung des Teilnahmeausschlusses	242
	4. Verhältnis zum Auskunftsanspruch gem. § 90 Abs. 3 AktG	242
	5. Entscheidungszuständigkeit für den Ausschluss von Ausschusssitzungen	243
	6. Ausschluss des Aufsichtsratsvorsitzenden	245
IV.	Ausschussbesetzung	246
	1. Mitbestimmungsrechtliche Besonderheiten	246
	2. Besetzung mit unabhängigen Aufsichtsratsmitgliedern	246
	a) Das Ziel der Besetzung mit unabhängigen Mitgliedern als sachlicher Differenzierungsgrund	247
	b) Unabhängigkeitskriterium	247
	c) Unabhängigkeit vom Mehrheitsaktionär	248

V. Die Einrichtung eines „Sonderausschusses“ und Corporate Governance	250
D. Zusammenfassung	251
Zusammenfassung	253
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	275